

Factsheet zur Ausweitung von Carbones del Cerrejón und deren Konsequenzen auf die umliegende Bevölkerung

Die Region der Guajira, im nördlichsten Teil Kolumbiens, im Nordosten an Venezuela und im Südwesten an die Karibik grenzend, ist schon seit über zwei Jahrhunderten besiedelt von afrokolumbianischen Gemeinschaften und Wayúu-IndianerInnen. Seit jeher leben diese Gemeinschaften friedlich zusammen als Selbstversorgende. Sie bewirtschaften das fruchtbare Land, welches sie von ihren Vorfahren übernommen haben, betreiben Viehwirtschaft, jagen in den Wäldern und fischen in den Flüssen, die durch ihr Siedlungsgebiet fließen.

Zum Leidwesen der afrokolumbianischen und indigenen Bevölkerung jedoch birgt das Land ihrer Vorfahren ein grosses Potential an energetischen Bodenschätzen. Diese Erkenntnis blieb dem kolumbianischen Bergbau- und Energiedepartement ebenso wenig verborgen wie den grossen multinationalen Bergbaukonzernen. So haben sich bereits 1976 die staatliche CARBOCOL SA und Intercor, eine Filiale des US-amerikanischen Ölgiganten EXXON-MOBIL, zum Konzern Carbones del Cerrejón zusammengeschlossen, um die Kohlevorkommen der Guajira zu erschliessen und abzubauen. Die Untersuchungsphase dauerte bis Anfang der 1980er Jahre, dann wurden die ersten Einrichtungen gebaut. Seit 1986 wird produziert; die Besitzverhältnisse der Betriebsgesellschaft haben sich mehrmals verändert. Im November 2000 verkaufte die kolumbianische CARBOCOL ihre 50%-Beteiligung zu je einem Drittel an die australische BHP-Billiton, die englisch-südafrikanische Anglo-American und die schweizerische Glencore. Kurz nach der Räumung von Tabaco, einem 1902 von Nachkommen afrikanischer Sklaven gegründeten Dorf, verkaufte EXXON MOBILE im Januar 2002 ihre Beteiligung ebenfalls an das erwähnte Konsortium. Die bisher letzte Veränderung in den Besitzverhältnissen von Carbones del Cerrejón erfolgte im März 2006, als der Rohstoff- und Minenkonzern Xstrata, ebenfalls mit Hauptsitz in der Schweiz, Glencores Anteil der Mine kaufte. Heute betreibt Carbones del Cerrejón die weltgrösste Kohlenmine im Tagebau – ihre Produktion deckt 95% der Nachfrage in Europa. Der Konzern, welcher nun zu je einem Drittel BHP-Billiton, Anglo-American und Xstrata gehört, tätigt 55% der gesamten Kohlenexporte von Kolumbien und kontrolliert den nördlichen Teil der Mine, welcher 70% der kolumbianischen Kohlenreserven birgt¹.

So wird die Region nun schon seit mehr als zwanzig Jahren von den Bergbau-Aktivitäten aus ihrem natürlichen Gleichgewicht gebracht. Doch nicht nur die Vegetation und die Tiere leiden unter dem kontinuierlichen Kohlenabbau im grossen Stil, sondern auch die umliegenden Gemeinschaften. In den 1990er Jahren hat Carbones del Cerrejón begonnen, in der Umgebung von Tabaco Land zu kaufen. Im Februar 1999 bewilligte der Bergbau- und Energieminister von Kolumbien die Enteignung von „einem Grundstück namens Tabaco“. Er ignorierte dabei völlig, dass Tabaco ein Dorf mit 1'200 EinwohnerInnen ist mit Schule, Spital, Kirche und anderen öffentlichen Einrichtungen. Bis zum 9. August 2001 wurde die afrokolumbianische Gemeinschaft von Tabaco von privaten Sicherheitsleuten der Intercor in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden gezwungen, ihr Land zu verlassen. Die Enteignungsstrategie bestand hauptsächlich darin, Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Dazu gehörte das Unterbinden von öffentlichen Diensten; Strom und Wasser wurden abgestellt, Telefonzentralen, die Schule und das Spital geschlossen. Weiter wurden der Friedhof zerstört und einige Behausungen verbrannt, die Durchgangsstrasse gesperrt und der Fluss umgeleitet. Angestellte der Mine, darunter Psychologen und Anwälte, haben die Leute unter Druck gesetzt, ihr Haus zu einem Spottpreis zu verkaufen. Wer sich nicht freiwillig auf diesen äusserst unvorteilhaften Handel einliess, wurde am 9. August 2001 in einer Nacht- und Nebelaktion gewaltsam von seinem Grundstück vertrieben. Nachträglich wurde dies von den Behörden dadurch gerechtfertigt, dass dieses Land öffentlicher Raum

¹ CENSAT Agua Viva, *Carbón y sus Efectos. Estudio de Caso, Cerrejón Zona Norte*, Bogotá 2003.

und kein Privatbesitz sei. Ausserdem werde es benötigt, um darauf Einrichtungen für den Kohlenabbau zu bauen.²

Zwar sind Enteignungen in der kolumbianischen Gesetzgebung durchaus vorgesehen. Doch geschah dies im Fall von Tabaco unter äusserst plumpen Rechtsverletzungen. Dabei wurde nicht nur verschwiegen, dass es sich bei Tabaco nicht nur um ein einfaches Grundstück, sondern um ein ganzes Dorf handelte.³ Es stellte sich auch heraus, dass das Dorf der Mine übergeben wurde, bevor die Schätzung der einzelnen Häuser und des Landes vorgenommen worden war. Und als schliesslich die Zerstörung der Häuser am 9. August 2001 begann, hatten deren Bewohner noch keinerlei Abfindung erhalten.⁴ Gegen diese rechtswidrige Vorgehensweise erhob der Anwalt der Vertriebenengemeinschaft Klage. Tatsächlich gab ihm der Oberste Gerichtshof von Kolumbien am 7. Mai 2002 Recht. In seinem Urteil verpflichtete er den Bürgermeister von Hatonuevo, der Gemeinde welcher das Dorf Tabaco angehörte, dazu, innerhalb von 48 Stunden die ersten Schritte zur Umsetzung einer gemeinschaftlichen Infrastruktur und der Entwicklung eines Wohnkonzeptes für die Gemeinschaft von Tabaco in die Wege zu leiten. Einmal verabschiedet, sollte die Verwirklichung des Investitionsvorhabens unverzüglich aufgenommen werden. Um dem Urteil ganz nachzukommen, müsste das Dorf schlussendlich an einem anderen Ort vollständig wieder aufgebaut und das soziale Netz von Tabaco wieder hergestellt werden.⁵

Das Urteil ist jedoch bis heute nicht umgesetzt worden, hauptsächlich weil sich niemand für zuständig erachtet. Die heutigen Besitzer der Mine betrachten sich aufgrund der häufigen Veränderung der Besitzverhältnisse nicht als verantwortlich für das, was damals mit Tabaco geschehen ist. Dies, obwohl BHP Billiton und Anglo American zusammen mit Glencore, dem Hauptaktionär von Xstrata, zum Zeitpunkt der Räumung auch schon 50% der Mine besaßen. Das eigentliche Problem in der Umsetzung des Urteils ist aber, dass es nicht gegen das Unternehmen gesprochen wurde, sondern gegen die Behörden der Gemeinde Hatonuevo. Dieser Gemeinde fehlt es angeblich an finanziellen Ressourcen, um Tabaco an einem neuen Ort wieder aufzubauen. Unbestritten ist, dass Carbones del Cerrejón mächtiger ist als der Bürgermeister von Hatonuevo. Wenn also das Unternehmen den Wiederaufbau von Tabaco mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen würde, könnte das Urteil umgesetzt werden. Da die Firma aber bis heute keinen echten Willen gezeigt hat, zur Umsetzung des Gerichtsurteil beizutragen, leidet die lokale Bevölkerung weiterhin enorm unter den Auswirkungen des Bergbaus. Die afrokolumbianischen und indigenen Gemeinschaften sehen ihre Lebensweise und Kultur durch ihre Vertreibung und die weitreichende Umweltverschmutzung bedroht. Abgesehen von den Problemen, die das Verseuchen des Flusses und das Aussterben der Fische mit sich bringen, haben die durch die Bergbau-Aktivitäten freigesetzten Kohlenpartikel auch gesundheitliche Probleme bei der umliegenden Bevölkerung und den Tieren hervorgerufen, vor allem in Form von Atembeschwerden sowie Haut- und Augenkrankheiten. Der Kohlenstaub schädigt aber nicht nur die Lebewesen, sondern setzt sich auch auf Fauna und Flora nieder, was die Erträge der Land- und Viehwirtschaft beeinträchtigt. Folglich sind von den umweltschädlichen Auswirkungen der Minentätigkeit nicht nur die vertriebenen Gemeinschaften betroffen, sondern die ganze umliegende Bevölkerung.⁶

Laut aktuellen Studien über weltweite Kohlevorkommen birgt die Region noch ein grosses Potenzial an energetischen Bodenschätzen. Wohlwissend haben Vertreter der Mine im Januar 1999 darum ihr Abkommen mit dem kolumbianischen Staat um 25 Jahre verlängert und dürfen nun bis im Jahr 2034 in der Region Kohle abbauen.⁷ Dies bedeutet, dass

² Bericht vom kolumbianischen Anwaltskollektiv, *La comunidad de Tabaco*, 12. April 2005.

³ Resolution 80244, *Declaración de Utilidad Pública y Social de un Predio Llamado Tabaco*, Februar 1999.

⁴ Gemäss einem Interview mit Armando Pérez Araújo, Anwalt der Vertriebenen, und José Julio Pérez, Präsident der Vertriebenenvereinigung, Januar 2007.

⁵ Beschluss des Obersten Gerichtshofes, ziviles Kassationsgericht, Aktennummer N°0014-01, Bogotá D.C., 7. Mai 2002.

⁶ Siehe Interview, Januar 2007.

⁷ Siehe website von Carbones del Cerrejón, www.cerrejon.com (17. April 2007).

weiteren Siedlungen der von Wayúu-IndianerInnen und AfrokolumbianerInnen bewohnten Region die Räumung droht. Die Vertreter der Mine haben einen konkreten Plan offen gelegt, wonach in den nächsten drei Jahren die Dörfer Roche, Chancleta und Patilla, alle zwischen 1784 und 1900 gegründet, der Erweiterung der Mine weichen müssen. In Gesprächen haben Vertreter des Konzerns zwar ihren guten Willen gezeigt und bekräftigt, dass weitere Räumungen auf friedliche Weise und nationale sowie internationale Richtlinien respektierend vollzogen würden. Sie gestehen sogar ein, dass in Tabaco vieles nicht korrekt gelaufen ist und sich eine solche Vorgehensweise nicht wiederholen dürfe.⁸ Trotzdem wird schon heute nichts unterlassen, um die Gemeinschaften einzuengen. Die Firmen kaufen Wald, was den Menschen die Jagd verunmöglicht. Sie leiten den Fluss auf Firmengelände um, so dass die umliegende Bevölkerung keinen Zugang mehr dazu hat. Die noch nicht vertriebenen BewohnerInnen der Region werden in ihren Dörfern "eingesperrt", wobei die Grenzen zwischen Land, das der Mine gehört und dem, welches noch den Gemeinschaften gehört, von der Armee und privaten Sicherheitskräften strengstens überwacht wird. Diese sind oft auch beteiligt am schon seit Jahrzehnten in Kolumbien herrschenden bewaffneten Konflikt beteiligt und schränken die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung enorm ein.⁹

In diesem ganzen Prozess hat der kolumbianische Staat in seiner Pflicht versagt, das Leben und die traditionelle Lebensweise kolumbianischer Völker zu schützen. Dies beweist die politische, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung der Mehrheit der Bevölkerung. Auch die kolumbianische Justiz tut nichts, um der hohen Straflosigkeit entgegenzuwirken. Verbrecher werden kaum identifiziert, das Gerichtsurteil aus dem Jahre 2002 hat bis heute keine Wirkung gezeigt, und die Verantwortlichen werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Offensichtlich sind dem kolumbianischen Staat die Bedürfnisse und Vorgehensweise der ausländischen Unternehmen wichtiger als die eigene, bedrohte Bevölkerung. Besonders verheerend ist diese Situation in einem Land, wo ein langandauernder Bürgerkrieg tobt und die ausländischen Unternehmen mit den bewaffneten Akteuren zusammenarbeiten, um sie für ihre Zwecke einzusetzen. Dies bedeutet nicht selten, dass sie z.B. mit der Ermordung besonders unbequemer Gewerkschafter beauftragt werden oder einen allzu fordernden Aktivisten einer Vertriebenengemeinschaft mundtot machen müssen. Zudem trägt dieses stillschweigende Einvernehmen zwischen staatlichen Behörden, multinationalen Unternehmen und bewaffneten Gruppierungen dazu bei, die ohnehin schon überdurchschnittlich grossen Einkommensunterschiede in der kolumbianischen Bevölkerung noch zu steigern.

Die Situation ist zwar für die betroffene Bevölkerung verheerend, aber nicht unbedingt festgefahren. Dies bestätigt die positive Entwicklung der knapp dreimonatigen Verhandlungen zwischen Vertretern von SINTRACARBON, der Gewerkschaft der Kohlenarbeiter von Cerrejón, und Vertretern des Konzerns. Diese einigten sich am 28. Januar 2007 auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Die Einigung beinhaltet aber nicht nur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, sondern enthält auch einen Punkt über die vertriebenen Gemeinschaften. Danach verpflichten sich die Minenbetreiber zur Zusammenarbeit mit der umliegenden Bevölkerung. Diese Zusage ist jedoch mit Vorsicht zu geniessen, denn es besteht nach wie vor keine Zusage des Managements von Carbones del Cerrejón, mit den betroffenen Gemeinschaften kollektive Verhandlungen über integrale Umsiedlungen zu führen.¹⁰ Es ist jedoch wichtig, dass der Konzern die Mitverantwortung am Wiederaufbau von Tabaco zu tragen bereit ist und diesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. Die von der Enteignung bedrohten Dörfer ihrerseits erwarten von Cerrejón, dass – anders als im Fall von Tabaco – ein umfassender Umsiedlungsplan, der die Bedürfnisse der Gemeinschaft berücksichtigt, in die Wege geleitet wird, bevor die eigentliche Räumung stattfindet.

⁸ Mail von Claire Divver, Sprecherin von Xstrata, vom 22. Januar 2007.

⁹ Siehe *La comunidad de Tabaco*.

¹⁰ Update der GAV-Verhandlungen von Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, 3. Februar 2007.